

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 27 | 26.6.2026

Die aktuelle politische Lage: Die Rentenreform nimmt Form an!

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Woche hat die Alterssicherungskommission ihre Ergebnisse vorgelegt – und das einstimmig. Das ist ein sehr gutes Zeichen. Entstanden ist ein rundes Paket, das die Rente bezahlbar, gerechter und zukunftsfest macht.

Ab und zu sollten wir uns vor Augen führen, was passieren würde, wenn wir nichts unternehmen: Die Beiträge würden immer steigen, während das Rentenniveau sinkt.

Wer ein Leben lang arbeitet, wer mit seiner Leistung dieses Land trägt, der muss sich darauf verlassen können, im Alter gut leben zu können. In der Koalition sind wir uns einig: Wir wollen die Vorschläge der Kommission in einem Paket umsetzen.

Die Rentenreform reiht sich ein in eine ganze Reihe von Reformschritten, die wir schon gegangen sind und noch gehen werden – von der Einführung des neuen Wehrdienstes über die Migrationswende bis hin zur neuen Grundsicherung.

Bis zum Sommer wollen wir weitere Schritte gehen: bei der Gesetzlichen Krankenversicherung, bei den Themen Pflege und Haushalt sowie in den Bereichen Steuern, Arbeitsmarkt und Bürokratieabbau.

Jeder Bürger spürt die Rezession im eigenen Portemonnaie. Die Leute bangen

um ihre Jobs, sie haben Sorge, dass ihre Zukunft schlechter werden könnte als ihre Vergangenheit. Wir gehen diese Reformschritte, damit sich das ändert – um dem Land Aufschwung und den Menschen Zuversicht zu geben.



In dieser Sitzungswoche des Bundestags haben wir wichtige Entscheidungen getroffen, die unser Land spürbar voranbringen – zum Beispiel für eine funktionierende, moderne Infrastruktur. Denn wir verabschieden endlich das Infrastruktur-Zukunftsgesetz. Damit können Straßen und Schienen sehr viel schneller geplant, gebaut und saniert werden. Zudem gehen wir mit dem "Bundeserprobungsgesetz" neue Wege für schnellere Verfahren und Bürokratieabbau.

Ebenso haben wir in dieser Woche eine fraktionsübergreifend vereinbarte und ergebnisoffen angelegte Orientierungsdebatte zur Zukunft der Organspende in Deutschland durchgeführt. Derzeit ist die sogenannte Entscheidungslösung maßgeblich. Danach setzt eine Organ- und Gewebespende die ausdrückliche Zustimmung der betroffenen Person voraus.

Der Deutsche Bundestag hat sich bereits in mehreren Legislaturperioden mit der Frage einer Einführung der sogenannten Widerspruchslösung auseinandergesetzt. Dieses Modell sieht vor, dass jede volljährige und einwilligungsfähige Person grundsätzlich als potenzieller Organspender gilt, sofern kein ausdrücklicher Widerspruch erklärt wurde.

Die Debatte wird allen Abgeordneten Gelegenheit bieten, die ethischen, rechtlichen und gesundheitspolitischen Aspekte beider Regelungsansätze erneut eingehend zu erörtern.

Meine Haltung ist übrigens seit Jahren klar und eindeutig: Ich bin ausdrücklich FÜR die Widerspruchslösung. Sie verlangt von niemandem ein Ja. Es geht nicht um einen Zwang zur Organspende. Diesen darf es niemals geben. Das Recht auf Selbstbestimmung bleibt unangetastet. Wer nicht spenden möchte, wer Zweifel hat, muss nur – einmal! – aktiv widersprechen: Ein einfaches Nein genügt. Das ist nicht zu viel verlangt!

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Wir schaffen beste Voraussetzungen für die schnelle Verbesserung unserer Infrastruktur

Mit dem neuen [Infrastruktur-Zukunftsgesetz](#) modernisieren wir die Planung und Genehmigung von Verkehrsinfrastrukturprojekten grundlegend. Sanierungs-, Neu- und Ausbaumaßnahmen bei Straßen, Schienen und Wasserstraßen sollen künftig schneller umgesetzt werden können.



Unter anderem werden wesentliche Verkehrsinfrastrukturprojekte in das überragende öffentliche Interesse gestellt. In Abwägungsentscheidungen erhalten sie damit Vorrang vor anderen Belangen. Zudem sollen die Verfahren einfacher und effizienter werden, indem zum Beispiel Verfahrensdopplungen entfallen und Planfeststellungsverfahren nur noch digital durchgeführt werden.

Ebenfalls werden umweltrechtliche Erleichterungen vorgesehen, insbesondere durch die Gleichstellung von Naturkompensationen und Ersatzgeld, wodurch Konflikte zwischen Verkehrsinfrastrukturvorhaben und Umweltbelangen einfacher aufgelöst werden können. Dadurch entstehen mehr Tempo, Verlässlichkeit und Planungssicherheit beim Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur.

Fluggastabfertigung erleichtern

Mit dem [Gesetz zur Ermöglichung der digitalen Fluggastabfertigung](#) sorgen wir für einfachere und schnellere Abläufe und mehr Komfort für Passagiere an deutschen Flughäfen. Luftfahrtunternehmen wird die Möglichkeit eröffnet, unter bestimmten Umständen Daten aus Reisepässen und Personalausweisen (insbesondere dem Chip) auszulesen sowie zu verarbeiten, um mit den Daten die Fluggastabfertigung künftig neben dem üblichen Verfahren zusätzlich auch digital durchführen zu können.

Ziel ist es, den Check-in Prozess an Flughäfen sicher und deutlich effizienter digital zu gestalten. Zugleich soll die Echtheitsprüfung die Nutzung gefälschter Pass- und Ausweisdokumente erschweren. Die Teilnahme bleibt für Passagiere freiwillig; die klassische Abfertigung bleibt weiterhin gleichwertig bestehen. Nach ex ante-Schätzung wird insgesamt ein jährliches Entlastungsvolumen von etwa 63 Millionen Euro für die Wirtschaft erwartet sowie Einsparungen bei den Bürgerinnen und Bürgern von etwa 1,1 Mio. Stunden Wartezeit pro Jahr.

Innovation braucht Freiraum: mehr probieren, weniger blockieren

Mit der 2./3. Lesung zum [Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Erprobung von Innovationen in Reallaboren und zur Förderung des regulatorischen Lernens](#) schaffen wir nach einem langen Abstimmungsprozess endlich mehr Freiräume für Innovationen und ermöglichen es, neue Technologien und Verwaltungsverfahren unter realen Bedingungen zu testen. Ziel ist es, bürokratische Hürden abzubauen und regulatorisches Lernen systematisch zu fördern, damit gute Ideen schneller in die Praxis gelangen.

Neben einer allgemeinen Standardexperimentierklausel eröffnen die im Gesetz vorgesehenen Experimentierklauseln von sieben Ressorts den Behörden von Bund und

Ländern und mittelbar Unternehmen zusätzliche Möglichkeiten, zukunftsweisende Lösungen zu erproben - damit der Staat mit dem technologischen Wandel Schritt hält.

Rechtsverfahren vereinfachen, Infrastrukturvorhaben beschleunigen

Mit dem [Abschluss des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes](#) haben wir das Verbandsklagerecht überarbeitet und sorgen dafür, dass in Gerichtsverfahren schneller Klarheit herrscht und Verfahren maximal beschleunigt werden. So halten wir am bisherigen „Listenprinzip“ für die Klagegegenstände fest und schaffen damit Rechtssicherheit. Die aufschiebende Wirkung von Rechtsbehelfen gegen Infrastrukturvorhaben sowie gegen Maßnahmen, die dem Klimaschutz, der Klimaanpassung und der Ernährungssicherheit, mit Ausnahme der Tierhaltung, dienen, fällt weg, auch bei Individualklagen.

Wenn das Gericht Zweifel daran hat, dass eine Vereinigung die Voraussetzung für die Anerkennung erfüllt und damit klageberechtigt ist, muss die Anerkennungsbehörde prüfen. Der laufende Rechtsstreit wird während der Überprüfung nicht unterbrochen. Missbräuchlichen Verzögerungstaktiken von Klageverbänden schieben wir einen Riegel vor. Wir sorgen dafür, dass gerichtliche Verfahren straffer werden und stärker am Parteivortrag ausgerichtet werden. Gerichte müssen nicht mehr umfassend von Amts wegen ermitteln, sondern nur dort, wo konkreter Anlass besteht. Das Gesetz unterstützt damit maßgeblich eine deutlich schnellere Realisierung von Projekten und Infrastrukturvorhaben.

Reparieren statt Neukauf

Mit der [2./3. Lesung zur Umsetzung der Richtlinie \(EU\) 2024/1799 zur Förderung der Reparatur von Waren](#) stärken wir die Rechte der Verbraucher und erleichtern die Reparatur defekter Produkte.

Künftig sollen Reparaturen attraktiver und transparenter werden, damit Waren länger genutzt werden können. Das schont Ressourcen, vermeidet unnötigen Abfall und unterstützt zugleich Reparaturbetriebe vor Ort. So verbinden wir Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Vernunft.

Neues aus dem Büro



Am Dienstagnachmittag wählten mich die Kolleginnen und Kollegen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu ihrer neuen stellv. Fraktionsvorsitzenden – mit über 92 Prozent Zustimmung. Über diese große Vertrauen haben ich mich wirklich gefreut!

In meiner neuen Funktion werde ich künftig unseren Fraktionsvorsitzenden **Jens Spahn** (links) unterstützen und insbesondere die Themen Forschung, Technologie und Raumfahrt sowie Digitalisierung und Staatsmodernisierung koordinieren.

Meine Bereiche sind extrem spannend, da sie auf die Zukunft ausgerichtet und eng mit wirtschaftlicher Stärke, Sicherheit, Wohlstand und der Fähigkeit verbunden sind, auf globale Veränderungen zu reagieren. Forschung schafft neues Wissen und ist die Grundlage für Innovationen – das war und ist Deutschlands große Stärke. Und die Digitalisierung durchdringt inzwischen nahezu alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche; da müssen wir die richtigen Leitplanken setzen.

An meiner Seite der ebenfalls neu gewählte Stellvertreter **Klaus Mack MdB**.

Video der Woche



Mit der neuen Aufgabe – und dem damit verbundenen Umzug – beschäftigt sich auch mein „Video der Woche“.

Viel Spaß!

[KLICK](#)

Bild der Woche



Mit großer Freude begrüßte ich am Mittwoch die Schüler und Lehrer der [Friedensschule Schwäbisch Gmünd](#). Das gemeinsame Gespräch gehört für mich regelmäßig zu den Highlights einer Sitzungswoche.